



INFRASTRUKTUR

Ab 2006 droht Eisenbahnern Kündigung

Statt Fremdaufträge zu vergeben, sollten die Bundesbahnen künftig verstärkt das eigene Personal einsetzen.

VON MIRIAM KOCH

WIEN. Das hätten sich Eisenbahngewerkschafter Wilhelm Haberzettl und Verkehrsstaatssekretär Helmut Kukacka wohl nicht träumen lassen: Die beiden sind einer Meinung.

Sowohl der rote Gewerkschafter als der VP-Politiker regen an, dass die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) darauf achten sollen, verstärkt ihre eigenen Mitarbeiter zu beschäftigen anstatt einfach externe Aufträge zu vergeben. „Es wird eine Mrd. Euro für Investitionen ausgegeben und innerhalb des Unternehmens werden Eisenbahner arbeitslos gemacht“, sagt Haberzettl im Gespräch mit der „Presse“. „Beim Infrastrukturausbau sollte verstärkt ÖBB-Mitarbeiter aus der Bau AG herangezogen werden“, sagt auch Kukacka.

Doch so einig sind die beiden in diesem Punkt sind, so unterschiedlich beurteilen sie die Wege dorthin. Kukacka will, dass die bisher zumeist unkündbaren ÖBB-Bediensteten durch eine Änderung im Dienstrecht verpflichtet werden, Schulungen anzunehmen und sich innerhalb des Eisenbahn-Konzerns versetzen zu lassen. Auch ein „Verleasen“ an Dritte soll möglich sein. Wehrt sich ein Mitarbeiter gegen Schulung und neue Dienststelle, droht ihm künftig die Kündigung, sagt Kukacka.

Die Idee von ÖBB-Chef Martin Huber, dass nur jene ÖBB-Mitarbeiter den Kündigungsschutz behalten, für die es in der Privatwirtschaft keinen vergleichbaren Ersatz gibt (wie zum Beispiel für Lokführer oder Verschubmitarbeiter), dürfte aber vom Tisch sein. Denn Umschulen könnte man alle, sagte Kukacka zur „Presse“.

Bis spätestens Mai will der Verkehrsstaatssekretär den Vorschlag Gewerkschaft und Opposition vorlegen. Ab 1. Jänner 2006 sollen die Eisenbahner dann kündbar sein. Haberzettl hat gegen diese Idee massivste Bedenken angemeldet und droht im Falle von etwaigen Veränderungen beim Dienstrecht

– wie berichtet – mit Streiks.

„Schnittstellenprobleme“

Auch mit der neuen Struktur der Bahn (mehrere Aktiengesellschaften unter dem Dach einer Holding), die Haberzettl vergeblich versucht hat zu bekämpfen, ist der Gewerkschafter naturgemäß nicht glücklich: „Es gibt irrsinnige Schnittstellenprobleme“, sagt Ha-

berzettl. So würden seit Jahresbeginn kaum noch ÖBB-Personalwohnungen neu vergeben werden, weil die Bau AG als Eigentümerin noch keinen Auftrag an die Immobiliengesellschaft als Verwerterin gestellt hat.

Zudem gebe es bei der Finanzierung „tiefgehende Unsicherheiten“, sagt Haberzettl. Bereits im kommenden Jahr werde es auch eine „Schlacht auf Fahrplanebene“ geben, wenn Güter- und Personenverkehr der Bahn darüber streiten, wer wann die Schienen benutzen darf.

„Nebenbahnen zusperren“

Haberzettl urgiert, dass beim Thema Nebenbahnen endlich etwas passieren sollte. Nach dem Kauf des Postbus hätte man „sofort“ eine Diskussion darüber beginnen

müssen, ob man statt der Züge nicht einer Region besser Busse im Halbstundentakt anbietet. „Das hätte eine Menge Geld gespart“, sagt Haberzettl.

Die geplanten Investitionen in den Personen-Fernverkehr – wie berichtet sollen 20 „Premium-Züge“ angekauft und schnelle Verbindungen für Geschäftsreisende angeboten werden – sieht Haberzettl positiv. „Jetzt denken sie wenigstens über irgendetwas nach und versuchen, ein bisschen innovativ zu sein“, sagt Haberzettl. Allerdings sei der Fernverkehr nur ein kleines Segment, das 17 Prozent vom Personenverkehr ausmacht. „Es braucht eine offensive Diskussion im Nahverkehr“, fordert er. „Schließlich sollen ja die Österreicher sagen können, ich bin stolz auf die Eisenbahn.“



Der Chef der Gewerkschaft der Eisenbahn, Wilhelm Haberzettl

[Foto: Michaela Seidler]